

Medienmitteilung

Der Neue Lohnausweis wird für die Löhne 2007 eingeführt

Der Vorstand der Schweizerischen Steuerkonferenz empfiehlt den Kantonen, den Neuen Lohnausweis im Sinne der Empfehlungen der Arbeitsgruppe Lohnausweis für die Steuerperiode 2007 einzuführen. Sind Lohnausweise für das Steuerjahr 2007 im Kalenderjahr 2007 zu erstellen, kann noch das alte Formular verwendet werden. Ab Kalenderjahr 2008 gilt nur noch der Neue Lohnausweis. Eine einmalige Ausnahme wird Unternehmen für Löhne 2007 zugestanden, die aus technischen Gründen nicht in der Lage sein werden, den Neuen Lohnausweis anzuwenden. Der Privatanteil für Geschäftswagen wird von 1 Prozent des Kaufpreises pro Monat (ohne MWST) auf 0,8% reduziert.

Der Neue Lohnausweis (NLA) wurde im Rahmen eines Pilotprojektes, das die Arbeitsgruppe Lohnausweis (AGLA) im Auftrage der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) durchgeführt hat, getestet. Der AGLA gehören Vertreter der drei Spitzenverbände der Wirtschaft (economicsuisse, Schweizerischer Gewerbeverband, Schweizerischer Arbeitgeberverband) sowie der Steuerbehörden an. Das Projekt sollte zeigen, ob der NLA ökonomisch und fiskalisch vernünftig, technisch umsetzbar und administrativ tragbar sei. Am Projekt haben 161 Arbeitgeber teilgenommen. Davon haben 108 einen ausführlichen Fragebogen ausgefüllt. Der Vorstand der Schweizerischen Steuerkonferenz hat mit grosser Befriedigung den Bericht der Arbeitsgruppe Lohnausweis zur Kenntnis genommen. Er schliesst sich den Empfehlungen der Arbeitsgruppe Lohnausweis an und dankt ihr und allen Teilnehmern am Pilotprojekt.

Die Auswertung des Projektes zeigt, dass der NLA die gestellten Anforderungen erfüllt. Nach den Angaben der Projektteilnehmer sind die Einführungskosten grundsätzlich tragbar, ebenso der administrative Mehraufwand für die Lohnbuchhaltung, den der NLA zur Folge haben werde. Wo sich für die Mitarbeiter der Teilnehmer ein höherer Nettolohn ergibt, sei die Erhöhung eher gering. Sie betreffe vielfach Lohnbestandteile, die schon mit dem alten Lohnausweis hätten deklariert werden müssen. Die Mehrbelastungen können somit grundsätzlich nicht auf den NLA zurückgeführt werden.

Eine Ausnahme gilt für den Privatanteil Geschäftswagen von 1% des Kaufpreises pro Monat (ohne MWST), wie ihn die SSK vorsah. Die Antworten der Teilnehmer zeigen, dass mit diesem Satz der zu versteuernde Privatanteil zu einer nicht unwesentlichen Erhöhung dieses Einkommens führt. Der Vorstand der SSK hat daher entschieden, den Satz um 20% auf 0,8% des Kaufpreises zu senken. Dieser Entscheid hat aber keinen Einfluss auf die Praxis der MWST, wonach als Privatanteil 1% gilt. Dieser Satz wird beibehalten. Das Projekt hat im Weiteren gezeigt, dass die Wegleitung zum NLA teilweise noch sprachlich verbessert werden kann. Ein Ausschuss der AGLA wird dazu Vorschläge unterbreiten. Der Vorstand SSK wird darüber bis spätestens Ende September entscheiden. Dabei geht es nicht um materielle, sondern nur um formelle Änderungen, die einer Inkraftsetzung auf die Steuerperiode 2007 hin nicht im Wege stehen.

Die meisten Teilnehmer waren schon im März dieses Jahres bereit oder erklärten, rechtzeitig vor Ende 2006 bereit zu sein, den NLA einzuführen. Die IT-Firmen sind es derzeit schon zu einem grossen Teil, andere werden rechtzeitig ihre bestehende Software anpassen. Das haben Abklärungen der SSK gezeigt. Daher erachtet es der Vorstand als richtig, den NLA, wie

beim Beginn des Pilotprojektes in Aussicht gestellt, generell für die Steuerperiode 2007 einzuführen. Für die Erstellung der Neuen Lohnausweise stellen die Steuerbehörden auf ihrer Homepage (www.steuerkonferenz.ch) gratis eine Software zur Verfügung, die vor allem kleinen und mittleren Unternehmen dienen kann. Unternehmer, die anfangs 2008 aus technischen Gründen nicht in der Lage sein werden, werden eine kleine Minderheit bilden. Auch sie haben den LA aber vollständig und korrekt auszufüllen. Die Steuerbehörden werden ihnen den alten LA nur noch in elektronischer Form zur Verfügung stellen.

Beim Wechsel vom alten zum Neuen Lohnausweis wird es vorkommen, dass Lohnbestandteile deklariert werden, die bisher nicht deklariert worden sind. Das ist eine Folge der verbesserten Transparenz. Sowohl der Vorstand der Finanzdirektorenkonferenz wie auch der Vorstand SSK empfehlen den Kantonen, in solchen Fällen Kulanz walten zu lassen, soweit das Gesetz es zulässt. Das gilt vor allem im Bereich der Deklaration von Gehaltsnebenleistungen, wo bisher wenig Transparenz herrschte. Vor allem dürfen getroffene Ermessensentscheide nicht rückwirkend im Sinne der neuen Wegleitung neu beurteilt werden. Von Steuerbehörden genehmigte Spesenreglemente gelten so lange weiter, bis die Steuerbehörden oder die Unternehmen im Einzelfall eine neue Regelung verlangen. Die AGLA wird weiterhin die Einführung des NLA beobachten und kann bei Problemen allgemeiner Art für die Lösung beigezogen werden.

Mit seinen Beschlüssen ist der Vorstand SSK allen Empfehlungen der AGLA zum NLA, die übrigens einstimmig verabschiedet worden sind, gefolgt. Der Vorstand der Finanzdirektorenkonferenz unterstützt dieses Vorgehen. Mit seinen Beschlüssen empfiehlt der Vorstand der SSK den zuständigen kantonalen Steuerverwaltungen, den Neuen Lohnausweis per 2007 einzuführen.

Die AGLA empfiehlt dem Vorstand zusätzlich, er soll darauf hin wirken, dass in allen Kantonen eine einheitliche und grosszügige Praxis bezüglich Anerkennung abzugsfähiger Weiterbildungskosten herrsche und dass diese Praxis gesetzlich festgelegt werde. Der Vorstand SSK hat Verständnis für dieses Anliegen. Er wird prüfen, in welcher Form er den Kantonen entsprechende Empfehlungen abgeben kann.

Bern 26. Juni 2006

Auskünfte erteilen

Bruno Knüsel, Präsident SSK

Erwin Widmer, Präsident AGLA

Philippe Maillard, Mitglied Vorstand SSK